



2. WELTKONGRESS

Vancouver, 21. – 25. Juni 2010

ENTSCHLIESSUNG

DEMOKRATIE, FRIEDEN, SICHERHEIT UND DIE ROLLE DER VEREINTEN NATIONEN

1. Der Kongress bekräftigt erneut die Verpflichtung des IGB, eine friedliche, demokratische, sichere und beständige Welt herbeizuführen, in der die Menschen aller Länder in gegenseitiger Achtung und Toleranz miteinander leben, ohne die Gefahr von bewaffneten Konflikten, Terror oder anderen Formen von Gewalt oder Besatzung. Frieden ist eine Vorbedingung für das Erreichen der Gewerkschaftsziele. Der Kongress lehnt Unilateralismus in internationalen Fragen ab und verpflichtet den IGB zu jeder möglichen Unterstützung der tragenden Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung von Frieden und der friedlichen Beilegung von Konflikten.

2. Der Kongress bekräftigt, dass soziale Gerechtigkeit, Demokratie, eine verantwortungsvolle Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, einschließlich des internationalen Völkerrechtes, das Fundament für Frieden sind und sagt den Vereinten Nationen bei ihrer Arbeit um deren Förderung seine uneingeschränkte Unterstützung zu.

3. Der Kongress nimmt mit tiefer Besorgnis die erschreckend hohe Zahl der Todesopfer, der Verletzungen und Erkrankungen infolge von bewaffneten Konflikten weltweit zur Kenntnis. Häufig sind dabei die Schwächsten die Hauptopfer; systematische Vergewaltigungen und andere Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen werden als Kriegswaffe eingesetzt, vor allem im Rahmen ethnischer Konflikte und sogenannter "ethnischer Säuberungen". Hunderttausende Kinder überall auf der Welt werden bei Konflikten als Kindersoldaten verpflichtet und enden als Militärsklaven. Krieg und die Gefahr eines Krieges sind auch für die Vertreibung von Millionen Menschen innerhalb von und zwischen einzelnen Ländern verantwortlich. Am dramatischsten ist, dass das Scheitern ganzer Staaten jegliche Rechtsstaatlichkeit beseitigt hat.

4. Während der Kongress tagt, sind weltweit Menschen in mehr als 20 Ländern und Hoheitsgebieten von bewaffneten Konflikten unterschiedlichen Ausmaßes betroffen. Allzu häufig wird dies von denjenigen ausgenutzt, die Waffen liefern oder auf andere Weise versuchen, von Ländern in Konfliktsituationen zu profitieren. Es besteht ernsthafte Gefahr, dass internationale Konflikte und Instabilität zu vermehrten repressiven Sicherheitsmaßnahmen und zur Aushöhlung hart erkämpfter demokratischer Rechte führen. Der IGB muss weiterhin darauf achten, dass die Maßnahmen zur Terrorbekämpfung im Verhältnis zu den Gefahren stehen und die uneingeschränkte Achtung der grundlegenden IAO-Übereinkommen, vor allem der Übereinkommen 87 und 98, oder anderer Menschenrechte nicht untergraben.

5. Der Kongress verurteilt Terrorismus in all seinen Formen und unter welchem Vorwand auch immer, ebenso wie die von einigen Staaten verteidigte und praktizierte Politik des "Präventivkrieges" und der "selektiven Morde". Er verurteilt darüber hinaus den Rückgriff auf Folter und besteht auf der uneingeschränkten Einhaltung der Genfer Konvention seitens der Regierungen, auch bezüglich der Behandlung von Kriegsgefangenen. Die Bemühungen um die Terrorbekämpfung müssen sich in wirksamer Weise mit den Faktoren – vor allem Armut, Ungerechtigkeit, ethnische und religiöse Diskriminierung und Arbeitslosigkeit – auseinandersetzen, die es terroristischen Organisationen ermöglichen, Unterstützung zu mobilisieren und Mitglieder zu werben, und sie dürfen nicht selbst Verletzungen der Menschenrechte, einschließlich der Gewerkschaftsrechte, beinhalten. Darüber hinaus ist internationale Zusammenarbeit erforderlich, um die Verbindungen zwischen dem Terrorismus und dem organisierten Verbrechen aufzulösen.

6. Konflikte haben ihren Ursprung häufig in wirtschaftlichen und sozialen Entbehrungen. Die Aufwendung zusätzlicher Mittel, einschließlich Entwicklungshilfe, für die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten, vor allem für junge Menschen, ist bei der Auseinandersetzung mit den Ursachen von sozialer Instabilität und Konflikten von zentraler Bedeutung. Mit ihren bleibenden Werten – soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Nichtdiskriminierung und Toleranz – sowie mit ihrer Rolle und Präsenz am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft verfügen die Gewerkschaften über einzigartige Kapazitäten, um auf Frieden und die Vermeidung von Konflikten hinzuwirken sowie mit deren Nachwirkungen umzugehen. Der Kongress würdigt den Mut der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in aller Welt, die sich über Konfliktgrenzen hinweg um Frieden und Verständnis bemühen.

7. Die weltweiten Militärausgaben wurden in den letzten zehn Jahren in realen Zahlen um 45% auf ein Rekordniveau angehoben, wobei einige Länder bis zu 10% ihres BIP dafür aufwenden, auf Kosten dringend benötigter Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Der Kongress fordert die internationale Gemeinschaft dringend auf, umfassende Kürzungen bei den Militärausgaben vorzunehmen und unterstreicht, dass der Übergang von der Produktion für militärische Zwecke zu sozial nützlichen Zwecken den Lebensunterhalt der betroffenen Beschäftigten schützt.

8. Angesichts der Tatsache, dass bereits neun Länder über Atomwaffenkapazitäten verfügen und von mindestens zwei weiteren angenommen wird, dass sie eigene Atomwaffenprogramme durchführen, gibt es weltweit mehr als 23.000 Atomsprengköpfe – genug, um jegliches Leben auf dem Planeten mehrfach zu zerstören. Die Gefahr eines potenziellen Einsatzes von Atomwaffen ist nach wie vor hoch, und durch den heimlichen Transfer der Kerntechnologie steigt das Risiko, dass künftig noch mehr Staaten über Atomwaffenkapazitäten verfügen und Terrororganisationen Atomwaffen erwerben und einsetzen. Der Kongress ruft dazu auf, die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) in die Lage zu versetzen, Inspektionen in allen Ländern durchzuführen, um die Kontrolle zu verbessern und die Verbreitung zu verhindern.

9. Der Kongress ist sich der Bedeutung der Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages oder Nichtverbreitungsvertrages (NVV) im Jahr 2010 bei den Vereinten Nationen bewusst und begrüßt die Bemühungen der Gewerkschaften weltweit um die Gewährleistung ihres Erfolges. Alle Regierungen müssen den NVV ratifizieren und ihren daraus erwachsenden Verpflichtungen uneingeschränkt nachkommen, und die internationale Gemeinschaft muss ihre Anstrengungen intensivieren, um Atom- und andere Massenvernichtungswaffen zu vernichten und die Vorstellung, dass sie als Abschreckung benötigt werden, endgültig aufgeben. Darüber hinaus müssen sie

die Chemiewaffenkonvention, die Bio- und Toxinwaffenkonvention und den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen ratifizieren und uneingeschränkt umsetzen. Der Kongress fordert zügige multilaterale Fortschritte bezüglich internationaler Abkommen zur Regulierung des Handels mit Klein- bzw. Leichtwaffen, einschließlich eines UN-Kontrollabkommens für den Waffenhandel, und anderen konventionellen Waffen, einschließlich einer universellen Ratifizierung und Umsetzung des Ottawa-Vertrages von 1999 zum Verbot von Antipersonenminen und der Konvention über das Verbot von Streumunition.

10. Der katastrophale Krieg im Irak macht die absolute Notwendigkeit deutlich, internationales Recht und die Rolle der UN bei der Konzipierung und Umsetzung multilateraler Lösungen für potenzielle und bereits ausgebrochene Konflikte zu achten. Der Aufbau einer Demokratie und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts in einem souveränen Irak werden beträchtliche und langfristige internationale Unterstützung erfordern, vor allem durch Ressourcen für die Infrastruktur, öffentliche Dienste und die Schaffung menschenwürdiger Arbeit, zu deren Befürwortung der Kongress den IGB verpflichtet. Die Beschränkungen des Rechtes auf die Gründung von und den Beitritt zu unabhängigen Gewerkschaften im Irak verhindern einen Beitrag der Gewerkschaften zur Förderung des Friedens, der Demokratie und der Arbeitnehmerrechte. Der Kongress unterstützt daher die irakische Gewerkschaftskampagne für die Verabschiedung und Inkraftsetzung eines fairen und gerechten Arbeitsgesetzes.

11. Der Ernst der Lage in Afghanistan macht deutlich, wie notwendig es ist, dass die internationale Gemeinschaft den erforderlichen politischen Willen unter Beweis stellt und die benötigten Ressourcen aufbringt, um Korruption, Drogenhandel und Kriegsherren durch die Beseitigung der Armut, die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Bildung und den Kampf gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung und andere Ungleichheiten in den Griff zu bekommen, und auf diese Weise eine friedliche Lösung für die in dem Land herrschende Gewalt zu finden. Mit militärischen Aktionen allein sind diese Ziele nicht zu erreichen. Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts sind von zentraler Bedeutung für die Herbeiführung der erforderlichen Umgestaltung und die Schaffung von Bedingungen, unter denen das afghanische Volk eine menschenwürdige Zukunft für sich gestalten kann. Vor diesem Hintergrund sollte die internationale Gewerkschaftsbewegung eine wichtige Rolle bei der Zusammenarbeit mit, bei der Unterstützung und Stärkung der afghanischen Gewerkschaftsbewegung und Zivilgesellschaft spielen. Der Kongress unterstreicht die Führungsrolle der UN bei der Herbeiführung von Frieden, Sicherheit und Demokratie in Afghanistan, u.a. durch die Unterstützung einer internationalen Friedenskonferenz unter Beteiligung aller beteiligten Parteien und der Regierungen in der Region.

12. Die Bemühungen um einen umfassenden Frieden zwischen Israel und Palästina auf der Grundlage einer friedlichen Koexistenz zweier souveräner, unabhängiger und existenzfähiger Staaten erfordern erneute internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung. Dies muss höchste Priorität haben. Der Kongress bekräftigt, dass die umfassende Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 242 (1967), die den Grenzverlauf von 1967 anerkennt, und 338 (1973) von grundlegender Bedeutung für die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens ist. Der Kongress ist sich bewusst, dass Maßnahmen zur Linderung der Not palästinensischer Flüchtlinge, ebenfalls auf der Grundlage der relevanten UN-Resolutionen, der wichtigste Baustein für friedliche und konstruktive Beziehungen zwischen Israel, Palästina und ihren Nachbarn sind. Der Kongress fordert zudem die universelle Anerkennung des Existenzrechtes Israels, neben einem unabhängigen existenzfähigen palästinensischen Staat, als unerlässliche Bedingung für das Zustandekommen einer friedlichen Lösung.

13. Die fortdauernde israelische Besatzung des Westjordanlandes, die Existenz illegaler israelischer Siedlungen dort und deren Auswirkungen auf das Leben der Palästinenser, u.a. auf ihren Zugang zu Wasser, sowie die Blockade Gazas und die extremistische Politik der Hamas stellen ernsthafte Hindernisse für das wirtschaftliche und soziale Entwicklungspotenzial Palästinas dar und machen zahlreiche palästinensische Beschäftigte abhängig von prekären Tätigkeiten in den Siedlungen. Der Beschluss Ägyptens, starke Beschränkungen für seine Grenzen mit Gaza einzuführen, wird die tiefe Wirtschaftskrise, der sich die Bevölkerung Gazas ausgesetzt sieht, weiter verschärfen.

14. Die israelische Invasion in Gaza im Dezember 2008 als Reaktion auf Raketenangriffe und das Versäumnis, die UN-Sicherheitsratsresolution einzuhalten, in der eine Waffenruhe gefordert wird, waren unverantwortlich und inakzeptabel und haben Hunderte unschuldige Zivilisten das Leben gekostet. Diese Vorkommnisse waren ein weiteres Beispiel für den tödlichen Kreislauf aus Provokation und Reaktion, der lediglich dazu dient, extremistische Haltungen zu vertiefen und die Aussicht auf eine Beilegung des Konfliktes in noch weitere Ferne zu rücken.

15. Der Kongress sieht in der Beendigung der israelischen Präsenz in Gaza einen wichtigen Schritt in Richtung auf die Beilegung des Konfliktes und fordert die Aufhebung der Blockade Gazas im Einklang mit der UN-Sicherheitsratsresolution 1860 (2009) sowie ein Ende der Besatzung des Westjordanlandes durch Israel und die Entfernung aller dortigen Siedlungen. Der Kongress ist sich bewusst, dass Wirtschaftsbeziehungen mit den Siedlungen dazu beitragen, deren Existenz zu sichern, was einen Verstoß gegen internationales Recht darstellt.

16. Obwohl jedes Land das Recht hat, seine anerkannten Grenzen sowie das Leben und das Wohl seiner Bevölkerung zu verteidigen, stellt die Errichtung einer erheblich auf palästinensisches Gebiet vordringenden Trennmauer durch die israelische Regierung einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar und erschwert die Bemühungen um Frieden und eine friedliche Koexistenz. Der Kongress fordert die Beseitigung der Mauer in dem Wissen, dass die gegenseitige Sicherheit und Achtung unter Israelis und Palästinensern von zentraler Bedeutung für das Streben nach Frieden ist. Der Kongress fordert Israel und Syrien auf, sich auf den Abzug Israels von den Golanhöhen und entsprechende Sicherheitsgarantien zu verständigen.

17. Der Kongress fordert sowohl die Israelis als auch die Palästinenser dringend auf, auf Gewalt zu verzichten, sich zu einem sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand zu verpflichten und umgehend direkte Verhandlungen zu beginnen, wie im 2002 von den USA, Russland, der UNO und der EU festgelegten "Fahrplan" vorgesehen. Er ist sich bewusst, dass eine Vereinbarung über die Rechtsstellung Jerusalems von zentraler Bedeutung für die Beilegung des Konfliktes ist und unterstreicht die dringende und unbedingte Notwendigkeit aufseiten der internationalen Gemeinschaft, die Herbeiführung einer friedlichen und gerechten Lösung in jeder nur möglichen Weise zu unterstützen.

18. Der Kongress begrüßt die im August 2008 mit Unterstützung des IGB zustande gekommene Vereinbarung zwischen der Histadrut und dem PGFTU über die Rechte palästinensischer Beschäftigter als Meilenstein und würdigt zudem die Initiativen der Globalen Gewerkschaftsföderationen in ihren jeweiligen Sektoren zur Unterstützung der Zusammenarbeit bei der Verteidigung der Arbeitnehmerrechte. Diese Vereinbarung und andere Maßnahmen zur Förderung von menschenwürdiger Arbeit und einer Beendigung von Diskriminierung sind unerlässlich für die Schaffung einer Grundlage für eine gerechte und gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung.

19. Hunderttausende palästinensische Beschäftigte können unter den derzeitigen Bedingungen keine Arbeit finden, was zu weitverbreiteter Verzweiflung und Desillusion führt, und der Kongress fordert dringende Maßnahmen, um die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten für sie zu unterstützen. Der Kongress verpflichtet den IGB, den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der palästinensischen und der israelischen Gewerkschaftsbewegung weiterhin zu unterstützen und ersucht die internationale Gemeinschaft, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Entwicklung Palästinas zu fördern, u.a. durch den Palästina-Fonds der IAO für Beschäftigung und sozialen Schutz.

20. Die Förderung der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte ist nicht nur für die Beilegung des Konfliktes im Nahen Osten von grundlegender Bedeutung, sondern auch im Falle der vielen anderen Konflikte weltweit wichtig. Der Kongress würdigt und befürwortet in diesem Zusammenhang vor allem die wichtige Rolle der im Jahr 2006 eingerichteten UN-Kommission für Friedenskonsolidierung als ein Instrument für den Wiederaufbau nach einem Konflikt. Er begrüßt zudem die bei den Vereinten Nationen erzielten Fortschritte bezüglich der Verpflichtung, Schutz zu gewähren und fordert alle Länder auf, die Weiterentwicklung dieses Konzeptes umfassend zu unterstützen und daran mitzuwirken. Der Kongress fordert zudem alle Länder auf, die Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofes mit universeller Gerichtsbarkeit anzuerkennen und in vollem Umfang mit ihm zusammenzuarbeiten sowie die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für internationale Konflikte anzuerkennen.

21. Der Kongress ist sich bewusst, dass eine tragfähige und dauerhafte Lösung für das Zypern-Problem zu Frieden und Stabilität im südöstlichen Mittelmeerraum beitragen und die Beziehungen zwischen den Nachbarländern Zypern, Griechenland und der Türkei untermauern wird. Der Kongress begrüßt daher die Schirmherrschaft und Unterstützung des UN-Generalsekretärs bei den Verhandlungen über eine umfassende Lösung für diese langjährige Streitfrage. Er ist sich des guten Willens bewusst und ermutigt die beiden führenden Vertreter Zyperns, an ihrer Entschlossenheit festzuhalten und ihre Bemühungen um eine umfassende, tragfähige und gerechte Lösung auf der Grundlage aller relevanten UN-Resolutionen und im Einklang mit den Gründungsprinzipien der EU fortzusetzen.

IGB-Aktionsprogramm

22. Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- (a) die verschiedenen Aktivitäten der UN zur Herbeiführung eines weltweiten Friedens sowie von Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts zu unterstützen und sich daran zu beteiligen und der uneingeschränkten Verpflichtung nationaler Regierungen zum Respekt vor der Rolle der Vereinten Nationen Nachdruck zu verleihen;
- (b) multilaterale Maßnahmen zur Sicherung und Wahrung des Friedens, zur friedlichen Beilegung von Konflikten, zur strafrechtlichen Verfolgung derjenigen, die sich Kriegsverbrechen und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, sowie zur Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes nachdrücklich zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass sich die UN-Mitgliedsstaaten an das in der Charta der Vereinten Nationen festgelegte Ziel halten und auf die Drohung mit Gewalt oder die Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet ist, verzichten;

- (c) sich umgehend darum zu bemühen, dass alle Regierungen den Friedensprozess im Nahen Osten auf der Grundlage der in dieser Entschließung angesprochenen Prinzipien und UN-Resolutionen voranbringen;
- (d) die Bemühungen der Histadrut (Israel) und des PGFTU (Palästina) gegenüber ihren jeweiligen Regierungen um die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine gerechte und faire Beilegung des Konfliktes zu unterstützen und zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen der Histadrut und dem PGFTU auszubauen;
- (e) die Entwicklung durchsetzbarer Instrumente zu unterstützen, um das Verhalten multinationaler Unternehmen zu regeln, die in Regionen tätig sind, die einen Konflikt durchmachen oder durchgemacht haben, in denen die Regierung schwach ist bzw. die von derartigen Situationen profitieren;
- (f) mit Gewalt konfrontierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu unterstützen und zu verteidigen und Mitgliedsorganisationen, die sich in Konfliktsituationen um Frieden, Aussöhnung und den Aufbau von Demokratie bemühen, praktische und politische Unterstützung zu gewähren;
- (g) sich für eine beträchtliche Kürzung der Militärausgaben und ihre Verwendung für die Erfüllung dringender sozialer Bedürfnisse, für die internationale Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Umwandlung der Waffenproduktion in eine Produktion für friedliche Zwecke einzusetzen;
- (h) sich um eine wirksame internationale Regulierung der Produktion und des Handels mit Waffen, die Nichtweiterverbreitung sämtlicher Waffen, einschließlich Kernwaffen, sowie vor allem um die Beseitigung sämtlicher Massenvernichtungswaffen zu bemühen;
- (i) Gewerkschaftsmaßnahmen zur Verbesserung der Toleranz und des Verständnisses unter verschiedenen Nationen und Kulturen zu fördern und die Mitgliedsorganisationen dazu zu ermutigen, ihre Bemühungen um Solidarität und Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene abzustimmen, auch durch die Zusammenarbeit mit sozialen und Friedensbewegungen und mit anderen Organisationen, die die Anliegen und Werte der Gewerkschaftsbewegung teilen.